

Klicken Sie bitte hier, wenn diese E-Mail bei Ihnen nicht richtig dargestellt wird.



KuNo

2017-07/08

Newsletter des SKM Bundesverbandes und der Gemeinschaft der
Vinzenz-Konferenzen Deutschlands e.V.

Inhalt

Stand: 21.08.2017

- [Aktuelles](#)
- [Arbeitsmarkt](#)
- [Asyl/Migration](#)
- [Rechtliche Betreuung](#)
- [Ehrenamt/Bürgerschaftliches Engagement](#)
- [Familie](#)
- [Fortbildung/Tagungen](#)
- [Jugendhilfe](#)
- [Kampagnen/Initiativen](#)
- [Männerarbeit](#)
- [Sozialberatung für Schuldner](#)
- [Rund ums SGB](#)
- [Straffälligenhilfe](#)
- [Sucht/Drogen](#)
- [Verschiedenes](#)
- [Wohnraum/Wohnungslose](#)
- [Verbandsinterne Informationen des SKM](#)
- [Verbandsinterne Informationen der VKD](#)
- [Bundesgeschäftsstelle](#)

Aktuelles

- Fortbildung des SKM Bundesverbandes am 14.9.17 in Siegburg. **Einführung in die Jungen- und Männerarbeit.** Besonderheiten und Anforderungen bei der geschlechtssensiblen Arbeit mit Jungen und Männern. Informationen und Anmeldung: <http://skmev.de>
- Fachtag am 26.9.2017– 3. Neusser Jungen- und Männertag. **Männlich, Migrant – gewalttätig? Wie interkulturelle Männerarbeit gelingen kann.** Informationen und Anmeldung: <http://skmev.de>
- Der **Knast Kunst Kalender 2018** ist erschienen. Kunstprojekte sind aus einem modernen Behandlungsvollzug nicht mehr wegzudenken. Kunsttherapie im Gefängnis ist eine Methode der Auseinandersetzung mit der eigenen Persönlichkeit, der aktuellen Lebenssituation und angestrebten Lebenszielen. Die Ergebnisse des kreativen Schaffens im Gefängnis sind beeindruckend. Erneut hat der SKM Bundesverband e.V. in Zusammenarbeit mit dem SKM Diözesanverein Freiburg e.V., dem SKM-Diözesanverein Trier e.V., dem Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Würzburg und der SKM Stiftung Deutschland den Knast Kunst Kalender 2018 mit 12 eindrucksvollen Bildern und einem Titelbild von Martin Lersch herausgegeben. Dieser kann ab sofort auch in mehreren Exemplaren über den SKM Bundesverband zum Preis von 12,90 € pro Exemplar zzgl. einem einmaligen Versandkostenanteil von 3,00 € bezogen werden: SKM Bundesverband e.V.: klaes@skmev.de oder loch@skmev.de
- **Abschied nach 27 Jahren: Georg Cremer verlässt den Deutschen Caritasverband – Eva Maria Welskop-Deffaa wird Vorstand Sozial- und Fachpolitik.** Nach 27 Jahren im Dienst der Caritas wurde Georg Cremer (65), Generalsekretär und Vorstand Sozial- und Fachpolitik, am 30. Juni 2017 in Freiburg verabschiedet. Das Amt des Vorstands Sozial- und Fachpolitik tritt Eva Maria Welskop-Deffaa (58) an. In seiner Würdigung machte Caritas-Präsident Peter Neher deutlich: „Von Cremers Engagement, analytischem Sachverstand und pointiertem Humor profitierte der gesamte Verband. Er hat seinem Einsatz für die Ziele der Caritas um Gottes und der Menschen willen viel zu verdanken.“ Cremer habe sich stets mit großer Leidenschaft für eine wirkungsvolle Sozialpolitik eingesetzt. Bei der Erarbeitung

sozialpolitischer Positionen sei ihm immer wichtig gewesen, dass Forderungen nicht nur konsistent waren, sondern auf Fakten basierten. „Nichts war ihm mehr zuwider als wortreiche Skandalisierungen und Aussagen bar jeder fundierten Grundlage“, betonte Neher. Herzlich dankte er dem scheidenden Vorstandskollegen für die gute Zusammenarbeit. Mit Eva Maria Welskop-Deffaa als neuem Vorstand Sozial- und Fachpolitik setze der Verband eine gute Tradition fort, so Neher: Auf einen Volkswirt folge eine Volkswirtin. Gleichzeitig betreue die Caritas Neuland. Erstmals werde eine Frau Mitglied im Vorstand des Deutschen Caritasverbandes. „Wer sie erlebt, bemerkt schnell, wie wichtig ihr sozialpolitische Themen sind - von Altersarmut bis Wohnungsnot. Am Herzen liegt ihr auch die Digitalisierung mit ihren vielfältigen Herausforderungen für die Wohlfahrtspflege - ein Thema, das die verbandliche Caritas in unterschiedlichen Bereichen sehr beschäftigt“, machte Neher deutlich. Die Koordinierung ehrenamtlicher Arbeit, die Anwaltschaft für Menschen an den Rändern der Gesellschaft und Caritas als sozialer Dienstleister seien gleichermaßen durch die digitale Dynamik herausgefordert. Auch für Finanz- und Personalvorstand Hans Jörg Millies ergeben sich zum 1. Juli Veränderungen. Neben seiner fachlichen Zuständigkeit übernimmt Millies die satzungsgemäße Funktion des Generalsekretärs. „Mit dieser Aufgabe sind Sie mein Stellvertreter als Vorsitzender des Vorstands. Im Vorstandsteam werden wir in neuer Aufstellung vertrauensvoll zusammenarbeiten und die anstehenden Aufgaben gut meistern“, so Neher. *Pressemeldung des DCV vom 30.06.2017.*

■ **SAVE THE DATE 17. Oktober 2017:** Internationaler Tag für die Beseitigung der Armut. Nachdem der SkF Gesamtverein e.V. und der SKM Bundesverband e. V. im letzten Jahr bereits einen gemeinsamen Fachtag zum Internationalen Tag für die Beseitigung von Armut am 17. Oktober durchgeführt haben, wollen wir in diesem Jahr erstmals zusammen eine dezentrale Kampagne rund um den 17. Oktober 2017 durchführen. Zielsetzung der Kampagne sind möglichst viele örtliche Veranstaltungen und Aktionen von SKM- und SkF-Ortsvereinen, um gemeinsam als Fachverbände zur Armutsbekämpfung zu sensibilisieren und aufzurufen. Ein wichtiger Aspekt soll dabei die Partizipation von Betroffenen sein. Dazu wird in den kommenden Wochen die Abstimmung zwischen den beiden Bundesverbänden erfolgen und regelmäßige Informationen an alle Ortsvereine weitergeleitet werden. Zuständig für die Koordination der Kampagne sind Reiner Klaes klaes@skmev.de und Brunhilde Ludwig ludwig@skf-zentrale.de. Bitte halten Sie sich diesen Termin frei!

[zurück zum Seitenanfang](#)

Arbeitsmarkt

■ **durchstaaten.de** (durchstaaten.de) Das Stellenportal für den Öffentlichen Dienst. Derzeit gibt es viele interessante Angebote: So sucht [der Zoll](#) "Talente im Einsatz", [die Bundeswehr](#) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das "Projekt Digitale Kräfte". [Bundeskriminalamt](#) und [Bundespolizei](#) bieten über 1.000 offene Stellen. Karriere kann man auch bei der [Bundesagentur für Arbeit](#) machen: Für eine berufliche Zukunft finden Sie auch hier interessante Stellen. Oder Sie bewerben sich beim [Bundesamt für Verfassungsschutz](#). Unter dem Slogan "Im Verborgenen Gutes tun" bietet das Amt derzeit verschiedene Stellen an. Oder haben Sie Interesse an einer Karriere bei einer [internationalen Organisation](#)? Derzeit läuft die aktuelle Stellenausschreibung im Programm Junior Professional Officer / JPO. Bewerbungsschluss ist am 18. August 2017. Darüber hinaus verweist [durchstaaten.de](#) auf etliche Tausend weitere offene Stellen bei Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden. <https://www.bundesregierung.de>

[zurück zum Seitenanfang](#)

Asyl/Migration

■ Am Montag, dem 4. September zeigt 3sat/die woche um 00.00 Uhr den Beitrag in der Reihe: **37 Grad: Schwarze Haut - deutscher Pass** Sie sind stolz, Deutsche zu sein, kommen aber aus Afrika. Durch die Flüchtlingswelle verändert sich die Stimmung gegenüber "Fremden". Was macht das mit Menschen, die hier leben? Esi aus Ghana, Ewane aus Kamerun und Emiliano aus Mosambik: Menschen mit schwarzer Hautfarbe und deutschem Pass. "37°" begleitet sie in dem Spannungsfeld zwischen Integration, Vorurteilen und realen Problemen, ausgelöst durch die politischen Veränderungen.

■ Im Mittelpunkt der neuen Broschüre „**Gelebte Vielfalt**“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) stehen Familien in Deutschland, in denen mindestens ein Elternteil einen ausländischen Pass besitzt oder eingebürgert wurde. Expertinnen und Experten untersuchen zentrale Daten der Lebenslage von Familien mit Migrationshintergrund, zur Bildungsteilnahme, zur wirtschaftlichen Situation und beruflichen Integration der Familien sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ordnen diese in den Gesamtkontext ein. <https://www.bmfsfj.de>

■ Flüchtlinge

Wie **geflüchtete Frauen und Mütter in Ausbildung und Arbeit** finden. Praxishilfe für Unternehmen von DIHK und Bundesfamilienministerium. Die meisten geflüchteten Frauen wollen erwerbstätig sein, doch finden sie ungleich schwerer als Männer in Beschäftigung. Mit einer Praxishilfe wenden sich der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und das Bundesfamilienministerium an Unternehmen, um das Potential neu zugewanderter Frauen und Mütter für den Arbeitsmarkt zu erschließen. 500.000 Mädchen und Frauen haben zwischen 2012 und 2016 in Deutschland Schutz gesucht. Drei Viertel der Frauen haben Kinder. Über die Hälfte aller geflüchteten Frauen stehen jetzt oder zukünftig dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zur Verfügung. „Für viele Frauen ergibt sich nach ihren eigenen Angaben erst in Deutschland eine wirkliche, realistische Perspektive auf eine eigene Berufstätigkeit“, heißt es in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter. Bevor sie diese Chance nutzen können, bringen die ersten Schritte in den Beruf auch lebensnahe Herausforderungen mit sich. Denn viele Frauen sehen sich alleine für die Kinderbetreuung verantwortlich. Da rund zwei Drittel der geflüchteten Frauen noch keine berufliche Ausbildung hat, fehlt es zudem an Qualifikation. Die Praxishilfe von DIHK und Bundesfamilienministerium zeigt mit Hinweisen auf Förderung, gute Beispiele und Unterstützungsangebote auf, welche Brücken in Ausbildung und Beruf führen. So unterstützt das ESF-Programm „Stark im Beruf“ des Bundesfamilienministeriums an 80 Standorten bundesweit den beruflichen Einstieg von Müttern mit Migrationshintergrund, darunter auch geflüchtete Mütter. Das IHK-Aktionsprogramm „Ankommen in Deutschland – Gemeinsam unterstützen wir Integration“ und das NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge bieten Unternehmen Unterstützung bei allen Fragen rund um die Integration von geflüchteten Frauen und Männern in Ausbildung und Beschäftigung. Broschüre „Perspektiven bieten. So gelingt der Berufseinstieg geflüchteter Frauen. Eine Praxishilfe für Unternehmen“ www.bmfsfj.de

■ **Neues Informationsportal zum Familiennachzug für Flüchtlinge.** Das neue Informationsportal familie.asyl.net stellt Informationen zur Familienzusammenführung nach dem Aufenthaltsgesetz und im Rahmen der Dublin-III-Verordnung bereit. Neben Informationen zum Verfahren und zur Rechtssituationen können Interessierte dort ebenfalls Checklisten und Merkblätter sowie wichtige Adressen finden. Die Website wurde mit der Unterstützung von UNHCR vom Informationsverbund Asyl und Migration ins Leben gerufen. Mehr unter: <https://familie.asyl.net>

■ **Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Flüchtlingsunterkünften.** Der Bundesfachverband umf e.V. und UNICEF Deutschland sind gemeinsam der Frage nachgegangen, wie sich der Zugang zur Kinder- und Jugendhilfe für Familien gestaltet, die in Flüchtlingsunterkünften untergebracht sind. In diesem Rahmen wurden schriftliche Rückmeldungen und telefonische Interviews mit Mitarbeitenden aus Jugendämtern, Beratungsstellen und Flüchtlingsunterkünften aus dem gesamten Bundesgebiet ausgewertet, um eine Handreichung für Jugendämter zu veröffentlichen. Ziel der Handreichung ist es, eine fachpolitische Diskussion anzustoßen und anhand konkreter Beispiele und Handlungsempfehlungen aufzuzeigen, wie sich der Rechtsanspruch geflüchteter Kinder und Jugendlicher auf Leistungen, Angebote und Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe in der Praxis umsetzen lässt. Download der Handreichung <http://www.b-umf.de>

■ **Arbeitshilfe zur Aufnahme aus dem Ausland beim Familiennachzug (§ 22 Satz 1 AufenthG):** Das Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migranten KommMit e.V. hat in Kooperation mit dem Informationsverbund Asyl und Migration eine Arbeitshilfe veröffentlicht zum Thema „Aufnahme aus dem Ausland“ im Zusammenhang mit einem Familiennachzug. Konkret geht es um die Anwendung des § 22 Satz 1 AufenthG beim Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten. <http://www.asyl.net>

Rechtliche Betreuung

■ **Betreuervergütung:** Das Gesetzesvorhaben „Notvertretungsrecht und Erhöhung der VBVG-Vergütung“ ist am 7. Juli 2017 im Bundesrat mit Ausschusszuweisung von der Tagesordnung genommen worden. Das war nach den Informationen der letzten Wochen zu erwarten. Das Gesetz ist damit aber nicht endgültig abgelehnt und bleibt weiter im Verfahren. Die schlechtere Nachricht, wenn auch nicht ganz unerwartet, betrifft die Auswertung der aktuellen ISG-Studie. Durch Verzögerungen bei den Befragungen, insbesondere bei den Experteninterviews kann der Entwurf des Abschlussberichtes nicht, wie vereinbart vorgelegt werden. Die für den 13. Juli 2017 anberaumte Beiratssitzung wurde vom BMJV abgesagt und auf den 21. September 2017 verschoben. Damit ist eine nachträgliche Zustimmung des Bundesrates zum Gesetz in der Sitzung vom 22.9.2017 hinfällig. In Frage kommen nur noch die Novembertermine.

■ **Arbeitshilfe für ehrenamtliche rechtliche Betreuer.** Ordner mit Erläuterungen zum Betreuungsrecht, Checklisten und Musterbriefen. Die Neuauflage der Arbeitshilfe der Arbeitsstelle Rechtliche Betreuung DCV, SkF, SKM ist zu beziehen/bestellen über die Internetseiten des SKM Bundesverbandes: www.skmev.de und www.kath-betreuungsvereine.de

[zurück zum Seitenanfang](#)

Ehrenamt/Bürgerschaftliches Engagement

■ **Freiwilliges Engagement** ist ein unverzichtbarer Teil der caritativen Arbeit. Viele Menschen bringen sich freiwillig in den Einrichtungen und Diensten der Caritas ein. Um herauszufinden, wie viele es genau sind, startet der Deutsche Caritasverband ab September 2017 eine **Befragung**. Ergebnissen der Studie sollen im Frühjahr 2018 vorliegen. <https://www.caritas.de>

■ Impulspapier „**Gutes Engagement**“ des Arbeitskreises „Bürgergesellschaft und Demokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dieser Arbeitskreis hat sich in seinem Impulspapier "Gutes Engagement - für eine demokratische Zivilgesellschaft" mit den Kriterien für gutes Engagement und den Anforderungen an eine anspruchsvolle Engagementförderung und -politik auseinandergesetzt. Denn: Gutes, demokratieförderndes Engagement braucht Qualität und verlässliche, aktivierende Rahmenbedingungen. Was das bedeutet und welche Schlussfolgerungen für die Politik daraus gezogen werden, finden Sie in dem Impulspapier. Das Papier benennt Herausforderungen und greift Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements auf, die auch wir in unterschiedlichen Gremien, Netzwerken und Veranstaltungen schön öfters erörtert haben. Die hinreichende Absicherung der Engagement fördernden Infrastrukturen findet sich in dem Impulspapier ebenso wieder wie die Themen Anerkennungskultur, Teilhabe und Engagementlernen. Die Autoren grenzen gutes Engagement anhand von zehn Kriterien ab gegen unzivilisiertes, antidemokratisches Engagement, aber auch gegen eine staatliche Indienstnahme im Sinne unbezahlter sozialer Dienstleistungen. Das Papier richtet sich an politische Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Kommunen sowie an alle Akteurinnen und Akteure einer demokratisch ambitionierten Zivilgesellschaft und soll einen Beitrag zur politischen Debatte leisten - für die nächste Legislaturperiode und darüber hinaus. Download unter <http://library.fes.de>

■ **Rechtliche Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements von Geflüchteten.** Im Zuge der „Flüchtlingskrise“ zeigte sich in Deutschland eine überwältigende Bereitschaft der Bevölkerung, sich ehrenamtlich zu engagieren. Menschen mit und ohne eigene Migrations- und Fluchtbiografie beteiligten sich. Ehrenamtliches Engagement von Geflüchteten könnte eine Schlüsselrolle bei ihrer nachhaltigen gesellschaftlichen Integration spielen. Das sichtbare Engagement von Geflüchteten führt zu einer offeneren Haltung der Bevölkerung, beugt einer Radikalisierung vor, erleichtert den Spracherwerb und erste Kontakte mit der Aufnahmegesellschaft. <http://www.bpb.de/>

■ Am Montag, den 25. September zeigt 3sat/die woche um 23.55 Uhr den Beitrag: 37 Grad: **Helfen ist die halbe Miete Studenten ziehen zu Senioren**, ein Film von Florian Hartung. Student und Rentner unter einem Dach - einkaufen, mit dem Hund Gassi gehen oder den Älteren auch nur Gesellschaft leisten: Wer sich sozial engagiert, kann günstiger wohnen. Senioren brauchen oft Hilfe im Alltag. Die Jungen suchen häufig erfolglos ein Zimmer, das bezahlbar ist. Der Deal: Privatpersonen

stellen Studenten für eine reduzierte Miete oder kostenlos ein Zimmer. Mustafa ist vor einigen Monaten bei Josef eingezogen. Seitdem waschen und essen sie gemeinsam, treiben Sport und teilen sogar das Bad. Eine WG aus Bewohnern, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Mustafa ist 24, stammt aus dem Iran und studiert Wirtschaftsingenieurwesen. Josef ist 92, hat schon immer im bayerischen Aschaffenburg gewohnt und beschäftigt sich vor allem mit regionaler Geschichte. „Wir haben ziemlich viele unterschiedliche Vorstellungen“, sagt Josef schmunzelnd. „Aber wir sind ehrlich zueinander und finden immer einen Weg.“ Doch nicht immer sind die Grenzen dabei ganz klar. Das Miteinander der Generationen will geübt sein, die finanzielle Abhängigkeit kann Konflikte auslösen. Wie viel muss ich geben - und was kann ich vom anderen erwarten? Sind wir nur eine Zweckgemeinschaft - oder sind wir so etwas wie Großeltern und Enkel? Und was ist, wenn das Studium abgeschlossen ist und die Jungen weiterziehen? Vor dieser Frage stehen auch Felizitas und Klaus - nach zwei gemeinsamen Jahren in ihrer WG. Die 24-jährige Studentin im Fach Vermessungswesen macht bald ihr Examen. Klaus, 70 Jahre alt, sitzt im Rollstuhl und kommt nur noch schwer allein zurecht. Die beiden sind ein eingespieltes Team. Sie erledigt das Bürokratische, kauft ein und wäscht. Er versucht, so viel allein zu meistern, wie es sein Körper zulässt. Doch der Auszug von Felizitas könnte bedeuten, dass auch er das Haus verlassen und ins Pflegeheim ziehen muss. "Das wird eine schlimme Zeit für mich, wenn Felizitas geht. Ich weiß ja nicht, wie es weitergeht", meint Klaus. Es ist eine belastende Situation für beide. Matin ist erst vor zwei Wochen bei Janet eingezogen. Der 21-Jährige studiert in Kiel Volkswirtschaft und konnte lange keine Wohnung finden. Janet, 75, kann gut jemanden gebrauchen. Sie leidet an einem schlimmen Tinnitus, ist manchmal regelrecht lahmgelegt. Ihre Liste der Aufgaben für Matin ist lang: Holz hacken, Einkaufen und sogar eine kleine Wand fliesen. Die beiden mögen sich, das erste Gespräch war gleich intensiv und interessant. Lassen sich ihre Vorstellungen vom gemeinsamen Wohnen in Einstimmung bringen? „Ich würde mir wünschen, dass wir Freunde werden“, sagt Matin. „Ich habe nur Zweifel, ob ich die Freiheit habe, die ich brauche.“ Janet ist zuversichtlich: "Er war zwar bislang kaum da. Aber ich denke, dass wir - obwohl wir sehr unterschiedlich sind - ausreichend Toleranz haben, um miteinander klarzukommen. „37°“ hat Studenten und Rentner begleitet, die zusammenleben, und nach ihren Wünschen, Erwartungen und Erfahrungen gefragt. Dabei sind die Autoren auf beeindruckende und überraschende Konstellationen gestoßen.

Familie

■ Zum 1. Juli 2017 traten rückwirkend zum 1. Januar 2017 umfangreiche Änderungen im **Unterhaltsvorschussgesetz** (UhVorschG) in Kraft. Kern der Reform ist die Erweiterung des Unterhaltsvorschusses bis zum 18. Geburtstag sowie die Erhöhung der Bezugsdauer über sechs Jahre hinaus. Die Höhe des Unterhaltsvorschusses orientiert sich am Mindestunterhalt und liegt für Kinder ab dem zwölften Lebensjahr bei 460,00 € - abzüglich des ausgezahlten Kindergelds. Weitere Infos: <http://www.sozialrecht-justament.de/>

■ **IM FOKUS**, der Newsletter des Bundesfamilienministeriums Nr. 66 unter dem Titel „**Gemeinsam getrennt erziehen**“ ist erschienen: <https://www.bmfsfj.de> "Magazin: ImFokus" ist ein elektronisches Magazin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Unser neues Format erscheint zu aktuellen Anlässen um politische Schwerpunktthemen umfassend zu beleuchten. Es erscheint ohne festen Versandtermin mehrmals im Jahr. Über dieses Abonnement können Sie festlegen, wenn Sie über eine neue Ausgabe informiert werden wollen. ABO: <https://www.bmfsfj.de>

■ Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley fordert **mehr Engagement des Bundes in der Kindertagesbetreuung**. 763.000 Kinder unter drei Jahren werden in der Kita oder einer Kindertagespflege betreut. Damit ist ein neuer Streckenrekord erreicht. Und die Zahlen werden in den nächsten Jahren weiter steigen, denn immer mehr Eltern wünschen sich für ihre Kinder frühkindliche Bildung und Betreuung. Bund und Länder haben sich zur Verbesserung der Qualität auf einen gemeinsamen Weg geeinigt: Mit den Eckpunkten für ein Qualitätsentwicklungsgesetz liegt ein breit akzeptiertes Konzept auf dem Tisch, dass es jetzt umzusetzen gilt. Bund, Länder, Kommunen und Träger haben in den letzten zehn Jahren mehr als 400.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen. Trotz dieser Erfolgsgeschichte reicht auch das Platzangebot immer noch nicht aus. Der Bedarf von Eltern und Kindern ist größer als die Anzahl der Plätze, die zur Verfügung stehen. Der

quantitative Ausbau muss also ebenfalls weitergehen. Der Bund hat reagiert. Vor wenigen Wochen ist das 4. Investitionsprogramm in Kraft getreten, mit dem der Bund mehr als 1 Mrd. Euro für die Schaffung von zusätzlichen 100.000 Plätzen bereitstellt. Weitere Infos: <http://www.bmfsfj.de>

■ Digitales Familienministerium - Informationstool Familienleistungen unterstützt Eltern. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat am 4. August 2017 das „**Informationstool Familienleistungen**“ – www.infotool-familie.de – freigeschaltet. Mithilfe dieses neuartigen digitalen Angebotes können (werdende) Eltern und Familien durch die Eingabe von nur wenigen Angaben herausfinden, welche Familienleistungen und ggf. weitere Unterstützungsangebote für sie in Frage kommen sowie wo und unter welchen Voraussetzungen diese beantragt werden können. Das spart eine Menge Zeit und unterstützt insbesondere diejenigen, die bis dahin noch keinen Überblick über das Angebot der familienpolitischen Leistungen hatten. Dieses interaktive, digitale Informationstool steht nun den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung und geht mit den wichtigsten Familienleistungen und Unterstützungsangeboten an den Start. Dabei ist das Tool so konzipiert, dass es Stück für Stück weiter ausgebaut wird und an die aktuellen Gesetzeslagen angepasst werden kann. Es ist ebenso für Tablet und Smartphone optimiert. Das Infotool Familienleistungen – www.infotool-familie.de – soll dazu beitragen, dass der Zugang zu Informationen über Familienleistungen vereinfacht und entbürokratisiert wird. Das Projekt ist eine zentrale Maßnahme im Rahmen des Arbeitsprogramms Bessere Rechtsetzung 2014 (Thema Bürokratieabbau) und der Digitalen Agenda 2014 – 2017 der Bundesregierung. www.infotool-familie.de, www.bmfsfj.de, Web-Ansicht: <http://www.bmfsfj.de>

■ Welche strukturellen Gründe hat **Altersarmut**? Wer sind die aktuellen und zukünftigen Risikogruppen und welche Reformoptionen gibt es für das deutsche Alterssicherungssystem? Unser neues Themenheft gibt Antworten auf diese Fragen und stellt Strategien zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe trotz Armut im Alter vor. Mit Beiträgen u.a. von: Ute Klammer, Reinhold Thiede, Yasmin Fahimi, Uwe Fachinger, Magnus Brosig, Andreas Wittrahm. **Strategien gegen Altersarmut**. ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 2/2017 96 Seiten, kart., 14,50 €, für Mitglieder des Deutschen Vereins 10,70 €. ISBN: 978-3-7841-3005-7. Weitere Infos: <https://www.deutscher-verein.de>

■ In der Wochenschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ /67. Jahrgang, 30-31/2017, 24. Juli 2017 sind folgende Beiträge zum Thema „**Familienpolitik**“ veröffentlicht:

- Anja Steinbach: Mutter, Vater, Kind: Was heißt Familie heute?
- Martin Bujard: Wie passt das zusammen? – Familienleitbilder junger Menschen und Parteipositionen zur Familienpolitik
- Irene Gerlach: Familienpolitik in der Bundesrepublik: - Kleine Politikfeldgeschichte
- Sabine Hübgen: Armutsrisiko Alleinerziehend
- Janine Bernhard: Geschlechter(un)gerechtigkeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Nicole Beste-Fopma; Volker Baisch: Wettbewerbsvorteil Familienbewusstsein. „Familienpolitik“ von Unternehmen

Download aller Beiträge über www.bpb.de, die Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung

[zurück zum Seitenanfang](#)

Fortbildung/Tagungen

■ Das Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe e.V. lädt herzlich ein zur Fachveranstaltung „**Datenschutz in der Kinder- und Jugendhilfe**“, am 20. September 2017, 14:00 Uhr - 18:00 Uhr, im Tagungsraum I. Ziel dieser Veranstaltung ist, Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe vertiefend für das Thema Datenschutz zu sensibilisieren und so einen korrekten Umgang mit personenbezogenen, aber auch anderen betriebsinternen Daten nachhaltig abzusichern. Nach dem Einführungsvortrag „Zentrale Aspekte des Datenschutzes“ durch Herrn Reinhard Neumann, smcTeam Systems Management Consulting GmbH & Co. KG, und weiterem datenschutzrechtlichen Input zum Thema „Datenschutz und Jugendschutz – Herausforderung in der Kinder- und Jugendhilfe“ durch Frau Jutta Croll, Stiftung Digitale Chancen, haben Sie die Möglichkeit zwischen drei Arbeitsgruppen zu wählen und sich aktiv zum Thema Datenschutz im Arbeitsalltag und der konkreten Umsetzung im Kontext Ihrer Arbeit

auszutauschen und kollegial zu beraten. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und wünschen Ihnen schon jetzt eine interessante und informative Veranstaltung sowie einen regen Erfahrungsaustausch. Hinweise zur Anmeldung: Wir bitten um verbindliche Anmeldung bis 01. September 2017 per Mail unter Angabe von Namen, Organisation und Mail-Adresse an info@hdj-berlin.de. Die Teilnehmerzahl ist auf 60 Personen begrenzt. Teilnahmebeitrag: 15,00 €

■ **Save the Date:** „Die am Rande sieht man kaum – **Entkoppelte Jugendliche** in der Jugendsozialarbeit in den Blick nehmen“ am 07.11.2017 in Düsseldorf. Der Fachtag richtet sich an Verantwortliche und Mitarbeitende aus allen Handlungsfeldern der Jugendsozialarbeit und möchte Informationen zu der Zielgruppe entkoppelter Jugendlicher geben. Erkenntnisse aus der Forschung sowie theoretische Grundlagen zur Zielgruppe und den schleichenden Übergängen zur Entkoppelung junger Menschen werden vorgestellt. Ein moderierter fachlicher Austausch soll Impulse zur Initiierung und Qualifizierung von Angeboten für Jugendliche liefern. Erkenntnisse aus erfolgreicher Projektarbeit und Einblicke in methodische Herangehensweisen sollen Möglichkeiten der niedrigschwelligen Arbeit mit Jugendlichen aufzeigen, die aus dem System der sozialen Sicherung herausgefallen sind. Der Fachtag wird von themenfeldverantwortlichen Mitgliedsorganisationen der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) durchgeführt. Weitere Infos in Kürze.

■ Die **Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes e.V.** bietet demnächst folgende Veranstaltungen an:

- **Forum Ethik in der Caritas (S17077). Scham - die Wächterin der Würde.** Forum vom 18.09.2017 bis 19.09.2017 in Frankfurt/M. Als Kooperationsveranstaltung der Fortbildungs-Akademie mit der Arbeitsstelle Theologie und Ethik des Deutschen Caritasverbandes bietet das Forum Ethik auch in diesem Jahr eine Kombination aus kollegialem Austausch und thematischer Facharbeit. Schwerpunkt des ersten Tages ist in bewährter Weise der strukturierte Austausch der Teilnehmenden verschiedener Bereiche zu aktuellen Projekten, Themen und Fragen. Der fachliche Schwerpunkt liegt in diesem Jahr auf der Thematik "Menschenwürde und Scham". In Einrichtungen der Caritas werden bei der Unterstützung von Menschen scheinbar unvermeidlich Grenzen überschritten: Grenzen der Privatsphäre, der Intimität, der Nacktheit. Das Gefühl der Scham ist ein Schutz für uns Menschen. Sie zeigt uns an, dass eine (Scham)Grenze überschritten wird, dass wir uns oder andere schützen sollten, dass Demütigung droht oder bereits geschieht. Dabei ist das Spektrum von Demütigung sehr groß, von der ungewollten Bloßstellung bis zur aktiven Beschämung. Notwendig und hilfreich ist es, die Hintergründe zu verstehen und in der Konsequenz stimmige Verhaltensweisen zu entwickeln. Preis: 160,00 EUR zzgl. Unterkunft und Verpflegung. Ansprechpartner: Daniel Ham, Tel: 0761/200-1704, E-Mail: daniel.ham@caritas.de
- **IT-Grundkenntnisse für Datenschutzbeauftragte (S17111).** Seminar vom 08.11.2017 bis 09.11.2017 in Bonn. Neben den umfangreichen rechtlichen Vorgaben müssen Datenschutzbeauftragte auch technische Begrifflichkeiten verstehen, zuordnen und hinterfragen können um ihre Aufgabe als DSB erfüllen zu können. In diesem Seminar vermitteln wir Ihnen nicht nur die "Sprache der IT-ler" sondern auch das Basisverständnis, um datenschutzrelevante IT-Prozesse und deren Technik zu verstehen. Sie werden durch dieses Seminar in die Lage versetzt, IT-Prozesse zu hinterfragen sowie die damit verbundenen Risiken erkennen zu können. Ansprechpartner: Andrea Bartsch, Tel: 0761/200-1703, E-Mail: andrea.bartsch@caritas.de
- **Menschenwürde und Scham (S17058).** Die Bedeutung von Würde, Scham und Scham-Abwehr für die psychosoziale Beratung. Seminar vom 04.12.2017 bis 06.12.2017 in Freiburg. Welche Bedeutung hat Würde, Scham und Scham-Abwehr für die psychosoziale Beratung? Solange die Scham als solche von Klient/-in und Berater/-in nicht erkannt wird, sind Versuche, Störungen und Konflikte im Beratungsprozess zu lösen, meist nicht erfolgreich. Neben den problematischen oder Probleme verursachenden Aspekten gibt es auch produktive und helfende Aspekte des Schamgefühls. Diese können für einen Beratungsprozess von großem Nutzen sein. Das Erkennen und Wahrnehmen von Scham und Scham-Abwehr ist daher für Berater/-innen von großer Bedeutung. Wir richten uns damit an Menschen, die in beraterischem und therapeutischem Auftrag in ambulanten, teilstationären und stationären Diensten und Einrichtungen der verbandlichen Caritas arbeiten. Preis: 360,00 € zzgl. Unterkunft und

Verpflegung. Ansprechpartner: Andrea Bartsch, Tel: 0761/200-1703, E-Mail:

andrea.bartsch@caritas.de

- **Die Kunst, erfolgreich Gespräche mit Mitarbeiter(inne)n zu führen (S17022).** Seminar vom 25.09.2017 bis 27.09.2017 in Freiburg. Mitarbeitergespräche sind oft mit dem Anspruch verbunden, Zielvereinbarungen, Transfersicherung, Beurteilung und Förderung zu beinhalten. Um seine Potenziale für die Personal- und Qualitätsentwicklung voll auszuschöpfen und effektiv einzusetzen, ist es notwendig, das Gespräch - als Führungsinstrument - strategisch sinnvoll einzuführen, über organisationsspezifische Arbeitshilfen (Gesprächsleitfaden, Protokollbogen u.a.) zu verfügen und die Gespräche professionell zu führen. Preis: 455,00 € zzgl. Unterkunft und Verpflegung. Ansprechpartner: Dr. Dirk Sichelschmidt, Tel: 0761/200-1702, E-Mail: dirk.sichelschmidt@caritas.de

Auskünfte: Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes e.V., Wintererstr. 17-19, 79124 Freiburg, Tel. 0761/200-538, Fax -199, E-Mail akademie@caritas.de , Internet: www.fak.caritas.de, www.caritas-akademien.de

Jugendhilfe

■ Positionspapier der AGJ Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe: „**Armut nicht vererben – Bildungschancen verwirklichen – soziale Ungleichheit abbauen!** Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht: Konsequenzen und Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe“ Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht (ARB) der Bundesregierung macht deutlich, dass der Anteil von Menschen in Armut(sgefährdung) trotz anhaltenden Wirtschaftswachstums in den vergangenen Jahren nicht zurückgegangen ist, sondern sich zuletzt sogar leicht erhöht hat. Diesen Befund hat die AGJ zum Anlass genommen, um sich vertieft mit dem Thema Armut zu beschäftigen. In ihrem Positionspapier liest sie den 5. ARB aus Sicht der Kinder- und Jugendhilfe und identifiziert sich daraus ergebende Konsequenzen und Herausforderungen für Fachkräfte, Forschende und politische Entscheidungsträgerinnen und -träger. <https://www.agj.de>

■ **Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder im Grundschulalter:** Für Eltern ist die Ganztagsbetreuung von Kindern im Schulalter eines der Topthemen. Drei von vier Eltern von Kindern im Grundschulalter fordern, dass sich die Familienpolitik zurzeit besonders für den Ausbau solcher Angebote einsetzen soll. Es besteht dringender Handlungsbedarf bei der Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots für Kinder im Grundschulalter. Denn mit dem Schuleintritt erlischt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, obwohl der Unterricht oft bereits zur Mittagszeit endet. Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird daher für viele Eltern mit der Einschulung erneut und verschärft zum Problem. Erkenntnisse zum Bedarf an Ganztagsbetreuung für Schulkinder, zu den Vorstellungen der Eltern und zu den Wirkungen der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern auf Kinder, Eltern sowie Familien- und Arbeitsleben hat das Kompetenzbüro Wirksame Familienpolitik im Chartbook „Gute und verlässliche Ganztagsangebote für Grundschulkindern“ zusammengetragen. Das Chartbook zeigt zum Beispiel, dass zwar rund 80 Prozent der Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren ganztags oder im erweiterten Halbtage betreut sind, bei den Grundschulkindern aber 44 Prozent kein Betreuungsangebot nach dem Unterricht haben. Zudem versprechen sich große Mehrheiten von Eltern (83 %) und Lehrern (74 %) bessere Chancen für benachteiligte Kinder durch ganztägige Angebote – vor allem durch eine Hausaufgabenbetreuung. Zum Chartbook gelangen Sie hier www.bmfsfj.de. Weitere Infos: www.bmfsfj.de, www.fruhe-chancen.de und www.prognos.de. Gesamte Pressemitteilung: <http://www.bmfsfj.de>

■ **Austauschforum Frühe Hilfen** am 12. Dezember 2017 in Köln: 10 years after ... Frühe Hilfen in der Caritas und im SkF. Seit 10 Jahren gibt es beim Deutschen Caritasverband und im Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein sowie in den verbandlichen Strukturen einen Arbeitsstrang Frühe Hilfen. Vieles ist auf den Weg gebracht worden. Wir möchten uns gerne im Dezember über Gelungenes, aktuelle Herausforderungen und mögliche gemeinsame Zielsetzungen für die zukünftige Ausgestaltung der Angebote Früher Hilfen austauschen. Dabei soll es u.a. auch um die Zielgruppe der Frauen/Familien mit Migrations- und Fluchthintergrund gehen. Nähere Infos in Kürze.

■ Unter dem Titel „**Gemeinsam – innehalten, gestalten, bewegen**“ veranstaltet der Deutsche Kinderhospizverein e.V. vom 10. bis 11. November 2017 in Schirmherrschaft von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe das 7. Deutsche Kinderhospizforum in Essen im Haus der Technik. In insgesamt 30 Plenen, Foren, Workshops und Vorträgen werden zahlreiche für die Kinderhospizarbeit relevante Themen beleuchtet. Wie in den Jahren zuvor erwarten wir über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Am Programm wirken ca. 90 Vortragende aus der Kinder- und Jugendhospizarbeit und deren Umfeld mit. Inhaltliche Schwerpunkte sind u.a.

- Die Bedeutung von Gemeinschaft in der Kinder- und Jugendhospizarbeit,
- Fragen der Gestaltung des Miteinanders in stationärer und ambulanter Kinder- und Jugendhospizarbeit,
- Fragen unterschiedlicher Handlungsfelder der Kinderhospizarbeit, z.B. bei der pränatalen Diagnostik, der Unterstützung von Menschen mit Fluchterfahrungen oder in der politischen Arbeit,
- Aspekte der Bildung für junge Menschen mit lebensverkürzender Erkrankung und ihre Familien und
- Die Auseinandersetzung mit Sterben, Tod und Trauer.

Deutscher Kinderhospizvereine e.V., Bruchstraße 10, 57462 Olpe, Tel.: 02761 94129-0, Fax: 02761 94129-60, E-Mail info@deutscher-kinderhospizverein.de

■ THEMA JUGEND, Heft 2/2017 erschienen: **DEMOKRATIE (ER)LEBEN**. Demokratie steht im Mittelpunkt dieser Ausgabe von THEMA JUGEND. Unsere Gesellschaft wird vielfältiger und bei dieser Vielfalt im interkulturellen und interreligiösen Bereich ist eine gelebte Demokratie für alle ein wichtiger Bestandteil eines gut funktionierenden Miteinanders. Demokratie für alle – das heißt auch, junge Menschen in Schule und Jugendarbeit früh partizipieren zu lassen, ebenso zugewanderte Menschen demokratisch zu beteiligen, wo immer es möglich ist: eben gemeinsam Demokratie (er)leben. Die Autoren dieser Ausgabe widmen sich den vielfältigen Aspekten von Demokratie und deren Chancen und den Risiken, sie ungenutzt zu lassen. So stellt Hans Berkessel das Modellprojekt „Demokratie lernen & leben“ vor, an welchem sich 100 Schulen aus ganz Deutschland beteiligt haben. Ein Schwerpunkt liegt hier auf der Verwirklichung der Kinderrechte. Regina Laudage-Kleeberg und Katarzyna Paczynska-Werner befassen sich in ihrem Beitrag mit dem Diversitätsbewusstsein als wichtige Grundlage für Demokratiebewusstsein. Thomas Pfeiffer nimmt antidemokratische Strukturen in den Blick, insbesondere den Rechtsextremismus, und beschreibt die Demokratie als wichtigstes Mittel für die Präventionsarbeit. Weiterhin finden Sie in dieser THEMA JUGEND eine Vielzahl an Projekten und Förderprogrammen beschrieben, beispielsweise das Projekt „Plan P. – Jugend stark machen gegen salafistische Radikalisierung“ oder das „Förderprogramm Demokratisch Handeln“. Stefanie Rack beschäftigt sich in ihrem Artikel mit Informationskompetenz und Quellenkritik, die insbesondere für junge Menschen bei der Informationsflut im Internet wichtig zu erlernen ist, auch um antidemokratischen Haltungen entgegenzuwirken. Schließlich zeigen Wolfgang Beutel, Maximilian Bubinger und Mario Förster Möglichkeiten auf, Demokratie durch Jugend mitzugestalten. THEMA JUGEND kostet 2,- Euro pro Exemplar zzgl. Versandkosten. Im Abo ist sie in NRW für Einrichtungen, Multiplikatoren und Interessierte kostenfrei. Bestellungen an: Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V., Schillerstraße 44a, 48155 Münster, Tel.: 0251/54027, Fax: 0251/518609, E-Mail: info@thema-jugend.de

■ Vom 13. bis 19. November 2017 findet die **Gründerwoche Deutschland** statt. Dabei wird es einen „Tag des Unternehmergeistes“ <http://www.bmwi.de> an Schulen geben. Bereits jetzt haben sich über 1.300 Partner registriert. Hierzu Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries: „Je früher wir die Begeisterung für die Selbstständigkeit wecken, desto besser. Deshalb gibt es in der Gründerwoche einen ‚Tag des Unternehmertums‘ in den Schulen. Schülerinnen und Schüler können so unternehmerische Kompetenzen und Erfahrungen auf ganz verschiedene Weise erleben. Gerade Unternehmensplanspiele lassen junge Menschen die Begeisterung, aber auch die Verantwortung des modernen Unternehmertums spüren. Über die Gründerwoche hinaus brauchen wir jedoch ein langfristiges Engagement der Schulen: Ökonomisches Wissen, Unternehmergeist und Soziale Marktwirtschaft gehören in den Unterrichtsalltag.“ Ob Vortrag, Seminar oder Webinar, Workshop, Erfahrungsaustausch und Networking oder Unternehmensplanspiel: In der Aktionswoche wollen die

verschiedenen Partner Gründergeist wecken und die vielfältigen Aspekte von Gründungen beleuchten. Es werden Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Existenzgründung vorgestellt. Viele Partner engagieren sich zum wiederholten Mal bei der Gründerwoche. Insbesondere Veranstaltungen von mehreren Partnern direkt vor Ort sind für Gründerinnen und Gründer attraktiv. Sie bündeln Informationen und Angebote und machen das lokale und regionale „Gründungs-Ökosystem“ sichtbarer. Speziell für Schulen bietet die Website www.gruenderwoche.de weitere Informationen sowie zahlreiche Veranstaltungstipps für den „Tag des Unternehmergeistes“.

■ Big Data - Materialien für die Jugendarbeit.

- Medienkritisch müssen wir uns damit auseinandersetzen, dass sich mit der Vernetzung vielfältiger (mobiler) Endgeräte immer genauere Profile individueller Personen und Nutzergruppen anlegen lassen. Aufklärung ist wichtig. Daher entwickelt die bpb mit dem jfc Medienzentrum Köln Materialien und Methoden für die Jugendarbeit. <http://www.bpb.de>
- Schätzungen zufolge sind 90% unseres gesamten weltweiten Datenvolumens erst innerhalb der letzten beiden Jahre gesammelt worden. Überall und ständig hinterlassen auch Jugendliche ihre Spuren im Netz. Diese Daten werden im großen Stil gesammelt und verwertet. Die Ausgabe 2/2017 der proJugend beleuchtet, was Big Data eigentlich genau bedeutet und welche Gefährdungen und Beeinträchtigungen für Kinder und Jugendliche in diesem Zusammenhang möglicherweise entstehen. Wo ist die Aufgabe einer modernen (Medien-)Pädagogik, was kann sie konkret tun und wer muss diese Aufgaben wie übernehmen? Wo stößt pädagogische Arbeit aber auch an Grenzen, weil es Aufgabe der Politik und des Verbraucherschutzes ist, für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen? Die Zeitschrift proJugend 2/2017 ist zu beziehen bei: Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V., Fasaneriestr. 17, 80636 München, Tel.: 089/121573-11, Fax: 089/121573-99, www.bayern.jugendschutz.de

■ Kindertageseinrichtungen sind Vorreiter, wenn es ums Vorlesen geht. Die Vorlesestudie 2016 der Stiftung Lesen ruft die vielfältigen Unternehmungen des letzten Jahres in Erinnerung: Lassen Sie sich davon inspirieren. Der **Bundesweite Vorlesetag**, dieses Jahr am 17. November ist eine gemeinsame Initiative von DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutsche Bahn Stiftung. Jedes Jahr am dritten Freitag im November begeistert der Aktionstag mittlerweile über 130.000 Vorleserinnen und Vorleser. Gemeinsam lesen sie über zwei Millionen kleinen und großen Zuhörern vor. Jeder kann dabei sein und an diesem Tag Geschichten zum Geschenk machen. Nähere Informationen finden Sie hier: www.vorlesetag.de

■ Am Freitag, den 1. September 2017 zeigt 3sat/die woche um 21.00 Uhr: **makro: Kinderarmut in Deutschland**. Deutschland ist ein reiches Land mit armen Kindern. Während die Wirtschaft brummt und die Verbraucher in Kauflaune sind, leben rund zweieinhalb Millionen Minderjährige in Armut. Mangelnde Ernährung, schlechte Kleidung, kein Smartphone für die WhatsApp-Gruppe in der Schule: Diese Ausgrenzungserfahrungen sind für Kinder prägend. Der Armutsforscher Christoph Butterwegge warnt davor, dass aus armen Kindern später arme Erwachsene werden. Den größten Einfluss auf die Entwicklung von Kinderarmut hat die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Aber auch Kinder von Alleinerziehenden und Kinder mit Migrationshintergrund haben ein erhöhtes Armutsrisiko. Dass die Kinderarmutsquote in Deutschland zuletzt gestiegen ist, hat mit der Zuwanderung zu tun. Die meisten Geflüchteten, darunter viele Minderjährige, leben zunächst unter der Armutsgrenze. Die Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz, Barbara Eschen, kritisiert den Regelsatz für Kinder in der Grundsicherung als zu gering. Er schreibe Kinderarmut fest. Außerdem sei das Nebeneinander von Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, Kinderregelsätzen und Pauschalen des Bildungs- und Teilhabepakets zu kompliziert und ungerecht. Für arme Kinder müsse es zusätzliche Leistungen geben wie beispielsweise ein kostenfreies Schulmittagessen. Das 3sat-Wirtschaftsmagazin "makro" fragt: Was können Staat, Wirtschaft, Wohlfahrtsverbände und auch die Eltern tun, damit es künftig in einem reichen Land wie Deutschland weniger arme Kinder gibt?

■ Werkstatt.bpb.de: **Digitale Bildung in der Praxis**. Foto hochladen, Namen der Bildungsinstitution eintragen und fertig ist das Schul-Facebook-Profil? Ganz und gar nicht, erklärt Medienpädagogin Dr. Iren Schulz in ihrem Gastbeitrag. Ein Überblick über Sicherheit, rechtliche und administrative Voraussetzungen und Verhaltensregeln auf Facebook. <http://www.bpb.de>

■ Mit Freunden chatten, Fotos teilen und neue Games spielen – Alltag vieler Jugendlicher. Der **digitale Wandel** und die größtenteils **mobile Mediennutzung** verlangen dringend zeitgemäße Antworten, um Kindern und Jugendlichen sichere Räume für ein gutes, selbstbestimmtes und unbeschwertes Aufwachsen mit Medien zu ermöglichen. Neben den Chancen und Möglichkeiten ergeben sich auch neue Fragen – zum Beispiel: Ist die neueste App überhaupt geeignet für Kinder? Warum können Kinder einfach von Fremden angeschrieben werden und wie lässt sich vermeiden, dass sie mit verstörenden Inhalten konfrontiert werden? Cybermobbing, sexuelle Belästigung im Netz, exzessive Nutzung digitaler Medien und die Verbreitung persönlicher Daten – was sind die realen Risiken? Weitere Informationen unter <https://www.bmfsfj.de>

■ Im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 veröffentlicht die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb die Publikation „einfach POLITIK: **Bundestagswahl 2017**“ in einfacher Sprache. Das Heft gibt auf 40 Seiten Antworten zu Fragen wie „Warum gibt es bei der Bundestagswahl zwei Stimmen?“, „Wie können Wählerinnen und Wähler im Wahllokal und wie mit dem Brief wählen?“ oder „Was geschieht nach der Wahl?“ Das Heft soll Menschen erklären, warum Bundestagswahlen wichtig sind für die Demokratie: <http://www.bpb.de>

■ **Politik braucht den Jugend-Check.** Zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August appellierte Bundesjugendministerin Dr. Katarina Barley an Politik und Gesellschaft: „Wenn es um die Jugend von heute geht, überwiegen vielfach Vorurteile. Oft gelten Jugendliche als diejenigen, die Probleme haben oder welche machen. Solche pauschalen Jugendbilder werden der jungen Generation nicht gerecht. Ihre Leistungen und Herausforderungen müssen viel stärker anerkannt und berücksichtigt werden.“ Die Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend steht für vielfältige Jugendbilder und fördert zahlreiche Maßnahmen für, mit und von Jugendlichen. Dazu gehört auch die Entwicklung eines Jugend-Checks. Seit August 2017 richtet das Bundesjugendministerium gemeinsam mit dem Institut für Gesetzesfolgenabschätzung beim Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer (FÖV) das „Kompetenzzentrum Jugend-Check“ ein. Zunächst soll es im Rahmen eines zweijährigen Projektes Regelungsentwürfe aller Bundesressorts prüfen und dazu Stellung nehmen. Neben dieser Prüffunktion berät und unterstützt das Kompetenzzentrum die für die Regelungsvorhaben federführenden Bundesministerien. Weitere Infos: www.jugendgerecht.de, Web: <http://www.bmfsfj.de>

■ **Forum Jugendhilfe**, Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) bringt in der Ausgabe 2/2017 unter anderem folgende Beiträge:

Im Fokus – 16. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag

- Der 16. DJHT in Düsseldorf – Seismograf für die Kinder- und Jugendhilfe
- 22. Mio. junge Chancen: Gemeinsam Gesellschaft gerecht gestalten – Kinder und Jugend(hilfe)politische Rede der AGJ-Vorsitzende Prof. Dr. Karin Böllert zum 16. DJHT
- Claudius Sieber, Hans Georg Wicke: „Europe, where do we go from here?“ – Europa auf dem 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag – Jugend für Europa
- Heribert Mörsberger: Was für Kinder! – Ein (kleiner) Rückblick auf 40 Jahre Engagement in der AGJ – Ein Gespräch im Rahmen des 16. Deutschen Jugendhilfetages
- Prof. Dr. Friederike Wapler: Rechtsentwicklung: Motor für mehr Gerechtigkeit?
- Claudia Kittel: Zwischenruf: Elternrechte vs. Kinderrechte aus Sicht der UN-Kinderrechtskonvention

Weitere Themen

- Prof. Dr. Anke König: Kindertageseinrichtungen und sozialer Wandel – Analysen des Fachkräftebarometers Frühe Bildung 2017
- Herbert Winkens: Zum Nutzen der Traumapädagogik für das Gelingen von Erziehungshilfe – Ein Praxis- /Theoriebericht zur Implementierung traumapädagogischer Wissensbestände und Methoden in das Konzept der Jugendhilfeeinrichtung Haus St. Stephanus in Grevenbroich
- Prof. Dr. Margret Dörr: Zur Diskussion um die Reform des Psychotherapeutengesetzes und einige Fingerzeige bezüglich der Bedeutung für die Kinder- und Jugendhilfe
- Heidi Schulze; Nils Rusche: Auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die der Jugend gerecht wird

Bezug: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/40-200, Fax -232, www.agj.de

Kampagnen/Initiativen

■ **MANN-Aktuell!** Hier gibt es die aktuellen Ausgaben vom Newsletter: <http://kath-maennerarbeit.de>
Herausgeber ist die Kirchliche Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen. V. Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf, info@kath-maennerarbeit.de www.kath-maennerarbeit.de

■ Die Kategorie Geschlecht ist nach wie vor wichtig, um bestehende ungleiche Verwirklichungschancen und die ungleiche Verteilung von Chancen und Risiken zu beschreiben – und um Maßnahmen zu entwerfen, mit deren Hilfe Wege zu einer gleichberechtigteren Gesellschaft beschrritten werden können. Eine zentrale Rolle spielt dabei das gleichstellungspolitische Ziel, Erwerbs- und Sorgearbeit im Leben jedes Menschen zu ermöglichen. Die Sachverständigenkommission geht in diesem Gutachten davon aus, dass Gleichstellungspolitik die Belange und Bedürfnisse von Männern aktiv im Blick behalten muss. Ein wichtiges Ziel der gleichstellungsorientierten Gestaltung von Erwerbs- und Sorgearbeit ist, Männern zu ermöglichen, verstärkt private Sorgearbeit zu leisten. *Quelle: Mann aktuell 6/2017*

- Pressemitteilung des Bundesforums Männer zum Gleichstellungsbericht: <https://bundesforum-maenner.de>
- Gutachten: <http://www.gleichstellungsbericht.de>
- Themenblatt 6 zum Thema Männer und Gleichstellung: <http://www.gleichstellungsbericht.de>

Männerarbeit

■ **MANN-Aktuell!** Hier gibt es die aktuellen Ausgaben vom Newsletter: <http://kath-maennerarbeit.de>
Herausgeber ist die Kirchliche Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen. V. Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf, info@kath-maennerarbeit.de www.kath-maennerarbeit.de

■ Die Kategorie Geschlecht ist nach wie vor wichtig, um bestehende ungleiche Verwirklichungschancen und die ungleiche Verteilung von Chancen und Risiken zu beschreiben – und um Maßnahmen zu entwerfen, mit deren Hilfe Wege zu einer gleichberechtigteren Gesellschaft beschrritten werden können. Eine zentrale Rolle spielt dabei das gleichstellungspolitische Ziel, Erwerbs- und Sorgearbeit im Leben jedes Menschen zu ermöglichen. Die Sachverständigenkommission geht in diesem Gutachten davon aus, dass Gleichstellungspolitik die Belange und Bedürfnisse von Männern aktiv im Blick behalten muss. Ein wichtiges Ziel der gleichstellungsorientierten Gestaltung von Erwerbs- und Sorgearbeit ist, Männern zu ermöglichen, verstärkt private Sorgearbeit zu leisten. *Quelle: Mann aktuell 6/2017*

- Pressemitteilung des Bundesforums Männer zum Gleichstellungsbericht: <https://bundesforum-maenner.de>
- Gutachten: <http://www.gleichstellungsbericht.de>
- Themenblatt 6 zum Thema Männer und Gleichstellung: <http://www.gleichstellungsbericht.de>

[zurück zum Seitenanfang](#)

Sozialberatung für Schuldner

■ Der Deutsche Caritasverband veröffentlicht regelmäßig den „**Newsletter Sozialberatung für Schuldner**“, aus dem KuNo mit freundlicher Genehmigung einige Beiträge übernimmt. Interessierte Träger und Einrichtungen der verbandlichen Caritas können den Rundbrief über die für den Fachbereich Schuldnerberatung zuständigen Referenten in ihrer Diözese beziehen. Verantwortlich für

den Newsletter ist Cornelius Wichmann, Deutscher Caritasverband e.V., Abteilung Soziales und Gesundheit, Referat Sozialraum, Engagement, Besondere Lebenslagen, Karlstr. 40, 79104 Freiburg i.Br., Postfach 420, 79004 Freiburg, Tel.: 0761/200-121, Fax: 0761/200-11-121. <http://www.caritas.de>, <http://www.caritas.de>, E-Mail: cornelius.wichmann@caritas.de

■ **Arm im Alter – Prävention in der Pflicht.** Hier der Link zum neuesten Newsletter des Präventionsnetzwerks Finanzkompetenz. <https://www.pnfk.de>. Neben aktuellen Hinweisen/Links zum Thema Prävention findet sich hier auch die Einladung zur **Fachtagung des Netzwerkes am 28. November 2017 in Berlin**. Diese Tagung wird sich ausführlich mit dem Thema Vorbeugung zur Altersarmut beschäftigen. Bei dieser Tagung wollen wir unter anderem gelungene Beispiele vorstellen, in denen ältere Menschen auf die geringere Einnahmesituation im Alter vorbereitet werden. Natürlich können Sie für regelmäßige Infos zur Prävention den Bezug des Newsletters bestellen: <https://www.pnfk.de>

■ **Kreditkarte ohne Schufa als Lockmittel.** Ein Unternehmen wirbt derzeit im Internet mit einer Kreditkarte ohne Schufa. Die Werbung erweckt bei Verbrauchern den Eindruck, dass sie sowohl die Kreditkarte als auch den Kredit ohne Bonitätsprüfung erhalten können. Allerdings geht es dem Anbieter offenbar in erster Linie darum, Kunden in eine Clubmitgliedschaft zu locken und ihnen weitere Verträge zu verkaufen. Die Kosten für eine Mitgliedschaft setzen sich aus der Aufnahmegebühr von 98 Euro, der ersten Jahresgebühr für die Prepaid-Kreditkarte von 49,90 Euro und einer Nachnahmegebühr von 2 Euro zusammen. Nach Zahlung des Gesamtbetrages von 149,90 Euro per Nachnahme, erhält der Verbraucher die Clubzugangsdaten und einen Code für die Bestellung der Kreditkarte und den Sofortkredit. Darüber hinaus stellt der Anbieter den Clubmitgliedern ein Portal für Kreditvergleiche zur Verfügung und bietet einen Service zur Überprüfung der Bonität an. Wer diesen Service in Anspruch nehmen will, geht aber gleichzeitig einen weiteren Vertrag mit einer Laufzeit von zwei Jahren ein. Die Kosten dafür betragen insgesamt weitere 192 Euro und müssen im Voraus bezahlt werden. Die Kündigung muss spätestens drei Monate vor Ablauf des Vertrages ausgeübt werden, sonst verlängert sich dieser nochmals um zwölf Monate. <http://www.fr.de>

■ Für Empfänger(innen) von Sozialhilfe gilt seit April 2017 für Vermögen ein höherer Freibetrag von 5000 Euro. Mit der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) im Dezember 2016 wurde diese Erhöhung bereits beschlossen (Entschließungsantrag – BT-Drs. 18/10528). Der neue Freibetrag gilt nicht nur für Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfe für das gesamte SGB XII. Bisher lag das Schonvermögen in der Sozialhilfe bei 1600 beziehungsweise 2600 Euro.

■ Die **Pfändungsfreigrenzen** werden nach § 850c Abs. 2a ZPO alle zwei Jahre nach dem Maßstab der Änderungen des einkommensteuerrechtlichen Grundfreibetrages angepasst. Die neuen ab dem 1. Juli 2017 geltenden Beiträge hat das Bundesjustizministerium in der Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2017 vom 28. März 2017 mitgeteilt. Danach beträgt der monatlich unpfändbare Grundbetrag künftig 1133,80 Euro (derzeit: 1073,88 Euro). Dieser Betrag erhöht sich, wenn gesetzliche Unterhaltspflichten zu erfüllen sind, um monatlich 426,70 Euro (derzeit: 404,16 Euro) für die erste und um monatlich jeweils weitere 237,73 Euro (derzeit: 225,17 Euro) für die zweite bis fünfte Person. Übersteigt das Arbeitseinkommen die genannten Beträge, ergibt sich der jeweils pfändbare Betrag aus den Tabellen im Anhang der Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2007. Diese werden demnächst auf der Homepage des Bundesjustizministerium (www.bmju.de) eingestellt.

■ Die **Homepage der Fachberatung Schuldnerberatung NRW** wurde überarbeitet: <http://fachberatung-schuldnerberatung-nrw.de/>

■ Bitte beachten Sie: Alle aktuellen **Fortbildungsangebote im Bereich der Schuldnerberatung** der Caritas für 2017 finden Sie auch auf der Website des SKM www.skmev.de unter Aktuelles/Fortbildungen. Ein Blick auf die Internetseite lohnt sich, da sich auch kurzfristig Änderungen für die Fortbildungsangebote ergeben können. Ihre Fragen zum Fortbildungsangebot in der Schuldnerberatung beantworten wir Ihnen gerne: Stephan Buttgerit, SKM Bundesverband, Tel. 0211/233948-0.

Rund ums SGB

■ Die Bundesregierung hat in der laufenden Legislaturperiode wichtige sozialpolitische Weichen neu gestellt. Über Inhalt und Kosten informiert der **Sozialbericht 2017**. Bei der Rente gab es nicht nur die höchste Erhöhung seit Jahren. Mit dem Flexirentengesetz, der attraktiveren Betriebsrente oder der beschlossenen Angleichung der Rentenwerte in Ost- und Westdeutschland wurden wegweisende Entscheidungen getroffen. Zu den großen sozialpolitischen Reformen gehört das Bundesteilhabegesetz mit seinem Ziel, mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen. Ein weiterer Meilenstein ist die umfassende Erneuerung der Pflegeversicherung. Das Sozialbudget hatte 2016 ein Volumen von rund 918 Milliarden Euro – ein Plus von 3,7 Prozent zum Vorjahr. Die Sozialleistungsquote liegt seit 2011 im Trend stabil bei rund 29 Prozent. Das Fazit: Auf dem Fundament der soliden wirtschaftlichen Entwicklung wurde das hohe soziale Sicherungsniveau weiter verbessert. <http://www.bmas.de>

■ Broschüre: **Ratgeber Hartz IV – Tipps und Hilfe vom DGB**, Ausgabe 2017, DGB21408
„Hartz IV“ ist ein nur schwer zu durchschauender Dschungel. Auch nach den Änderungen im Jahr 2016 ist keineswegs – wie behauptet – vieles einfacher und besser geworden. Die grundlegend überarbeitete Neuauflage 2017 berücksichtigt diese so genannte „Rechtsvereinfachung“ sowie die ab 2017 geltenden Regelsätze. Wer seine Rechte gut kennt, der kann Fallstricke vermeiden und bestehende Rechtsansprüche wahrnehmen. Dazu trägt der Ratgeber bei. Er ist verständlich geschrieben und an der Praxis orientiert. Der Ratgeber (DIN-A5-Broschüre, ca. 90 Seiten) enthält viele Tipps, die bares Geld wert sein können. 1 Exemplar 1,00 EUR 11-20 Ex. 0,80 EUR über 50 Ex. 0,70 EUR <https://www.dgb-bestellservice.de>

■ Vom unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD), das ist der SH-Landesdatenschutzbeauftragte, gibt es eine Broschüre „**Sozialhilfe, Grundsicherung und Arbeitslosengeld II**“ zu den häufigsten Fragen bei Datenschutz: <https://www.datenschutzzentrum.de>

■ **Sozialwirtschaft** Zeitschrift für Führungskräfte in sozialen Unternehmungen 4/2017, Jahrgang 27 bringt unter anderem folgende Beiträge:

Editorial

- Gerhard Pfannendörfer: Mühen der Ebene

Titel

- Stina Preuß: Projekt: Über den Tellerrand
- Henning Braem: Europäische Union – Auf dem Weg zum „Europäischen Sozialunternehmen“

Magazin

- Andreas Schnabel: Komplexität – Auf der Suche nach dem „Flow“
- Wolf Rainer Wendt: Korea – Partizipatives soziales Wirtschaften

Rubriken

- Jochen Walter; Ernst-Albrecht von Moreau: Sozialpolitik – Kraftakt erforderlich

Personal

- Christina Seitter: Dialoge statt Monologe
- Hermann-Josef Kronen: Finanzen – Werben um Aufmerksamkeit

Recht

- Alexander Gottwald: Recht – Neue Regeln für Befristungen
- Katja von Bergen: Organisationsentwicklung – Situationen richtig einschätzen
- Thomas Heinrich Musiolik: Marketing – Mehr Erlebnisversprechen
- Susanne Meimberg: Sozialinformatik – Finden statt suchen
- Rüdiger Falk: Literatur: Inspiriert führen

Herausgeber: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Tel.: 030/24089-0, Fax -134, E-Mail: info@wohlfahrt.de, www.bagfw.de, Bestellungen über den Buchhandel oder den Nomos-Verlag.

■ Im **Nachrichtendienst des Deutschen Vereins** für öffentliche und private Fürsorge finden sich in Heft 6/2017 folgende Beiträge:

Empfehlungen und Stellungnahmen

- Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Hilfe für junge Erwachsene in besonderen Problemlagen – Teil 2
- Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins zum Europäischen Solidaritätskorps

Aktuelles

- Anne Katrin Lutz, Rica Werner: Die neue Schlichtungsstelle nach dem Behindertengleichstellungsgesetz
- Cornelia Markowski: Aktuelle Entwicklungen bei der Umsetzung des Freihandelsabkommens der Europäischen Union mit Kanada (CETA)

Abhandlungen

- Iren Steiner, Julia Schlicht, Paul-Stefan Roß: Bedeutung und Praxis von Aufwandsentschädigungen im Engagementbereich Vor- und Umfeld von Pflege

Berichte

- Kilian Ertl, Wolfgang Schütte: Rein oder raus? Existenzsicherung in Deutschland für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger
- Valerie Schatz: Leihmutterchaft aus kinderrechtlicher Sicht
- Renate Windisch: Bildung: Schlüssel zur Inklusion – Eine Erwiderung

Gutachten

- Gutachten vom 4. April 2017 – G 4/15-2
- Zu den Voraussetzungen der Gewährung von Hilfe für junge Volljährige gemäß § 41 SGB VIII in Form der weiteren Unterstützung durch die Pflegepersonen nach § 74 SGB XII

Bezug der Zeitschrift über: Eigenverlag des NDV, Michaelkirchstraße 17/18, 12179 Berlin, Tel.: 030/62980-0, Fax: -9521 Internet: www.deutscher-verein.de.

■ Im **Nachrichtendienst des Deutschen Vereins** für öffentliche und private Fürsorge finden sich in Heft 8/2017 folgende Beiträge:

Aktuelles

- Beate Hagen: Gesellschaftliche Trend und wie Sozialpolitik darauf antworten sollte.- Bericht von der Mitgliederversammlung des Deutsche Vereins am 14. Juni 2017
- Eberhard Funk: Neues Pflegeberufsgesetz vom Deutschen Bundestag und Bundesrat verabschiedet
- Harald Diehl: Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Rheinland-Pfalz
- Alice Blum: Die extreme Rechte als Querschnittsaufgabe für Politik, Soziale Arbeit und Zivilgesellschaft

Abhandlungen

- Ayana Halpern: Jüdisch-deutsche Sozialarbeiterinnen in Palästina: Erinnerungen an vergessene Frauen und ihr Erbe
- Ernst-Wilhelm Luthe: Was kann „Sozialraumpolitik“ leisten?
- Malte Borges: Wertschätzung zählt! Demografieagentur macht Unternehmen zukunftsfähig
- Wolfgang Wasel und Hanns-Stephan Haas: Hybride sozialwirtschaftliche Unternehmen auf der Suche nach hybriden Strategien – Teil 2

Bezug der Zeitschrift über: Eigenverlag des NDV, Michaelkirchstraße 17/18, 12179 Berlin, Tel.: 030/62980-0, Fax: -9521 Internet: www.deutscher-verein.de.

■ Sozialrecht - Zeitschrift für Sozialberatung aktuell befasst sich in der Ausgabe 3/2017 21. Jahrgang mit:

Abhandlungen

- Zur Auslegung und Anwendung der aus § 22 Abs. 1 Satz 3 SGB II hervorgehenden Ausnahmenorm – Anmerkungen zum Urteil des Sozialgerichts Heilbronn vom 14. Dezember 2015 (Az.: 5 AS 204/14)
- Wettbewerb im sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis und Ausschreibungen nach EU-Vergaberecht

Rechtsprechung

Unzulässigkeit einer kleinen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung im reinen Wohngebiet (BVerwG)

Mehrkostenvorbehalt bei stationärer Hilfe zur Pflege (LSG Berlin-Brandenburg)

Verlängerung einer stationären Rehabilitationsmaßnahme zulasten der Krankenkasse (SG Münster)

Bezug der Zeitschrift, die vom Caritasverband für die Diözese Münster e.V. herausgegeben wird, über die Nomos-Verlagsgesellschaft, Waldseestraße 3-5, 76520 Baden-Baden, Tel.: 07221/2104-0, Fax -27.

[zurück zum Seitenanfang](#)

Straffälligenhilfe

■ Der **Knast Kunst Kalender 2018** ist erschienen. Kunstprojekte sind aus einem modernen Behandlungsvollzug nicht mehr wegzudenken. Kunsttherapie im Gefängnis ist eine Methode der Auseinandersetzung mit der eigenen Persönlichkeit, der aktuellen Lebenssituation und angestrebten Lebenszielen. Die Ergebnisse des kreativen Schaffens im Gefängnis sind beeindruckend. Erneut hat der SKM Bundesverband e.V. in Zusammenarbeit mit dem SKM Diözesanverein Freiburg e.V., dem SKM-Diözesanverein Trier e.V., dem Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Würzburg und der SKM Stiftung Deutschland den Knast Kunst Kalender 2018 mit 12 eindrucksvollen Bildern und einem Titelbild von Martin Lersch herausgegeben. Dieser kann ab sofort auch in mehreren Exemplaren über den SKM Bundesverband zum Preis von 12,90 € pro Exemplar zzgl. einem einmaligen Versandkostenanteil von 3,00 € bezogen werden: SKM Bundesverband e.V.: klaes@skmev.de oder loch@skmev.de

Sucht/Drogen

■ In dieser Rubrik liegen derzeit keine Meldungen vor.

[zurück zum Seitenanfang](#)

Verschiedenes

■ **Dienste und Einrichtungen der Caritas** leisten in ganz unterschiedlichen Feldern der sozialen Arbeit und auf vielfältige Weise Beiträge zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen und Herausforderungen. Damit verbunden ist der Anspruch, möglichst wirkungsvoll zu agieren. Eine neue interaktive Lernplattform der Phineo gAG, einem Anbieter von Analyse und Beratungsdienstleistungen bezogen auf den Dritten Sektor, könnte in diesem Zusammenhang eine wertvolle und leicht zugängliche Unterstützung bieten. Wie gelingt es bei der Planung von Projekten und neuen Angeboten von vornherein darauf zu achten, dass dem Aspekt der Wirksamkeit ein zentraler Stellenwert eingeräumt wird? Welche Schritte sind dabei zu beachten, welche Instrumente und Methoden können dabei helfen? Schauen Sie einfach einmal unter <https://www.wirkung-lernen.de> rein und probieren Sie die angebotene Unterstützung aus und geben Sie uns, wenn Sie mögen, eine Rückmeldung über Ihre Erfahrungen.

■ Die neuen **Caritas-Kalender 2018** sind da. Machen Sie sich selbst oder anderen mit den Kalendern eine Freude. Viele Caritas-Einrichtungen und Pfarreien verschenken seit über 60 Jahren die offiziellen Caritas-Kalender an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an ihre Pensionäre, Ehrenamtlichen oder an

die von ihnen betreuten und umsorgten Menschen. Die Kalendergeschenke werden als Anerkennung und Wertschätzung empfunden. Wir bekommen jedes Jahr viele berührende Zuschriften, welche wichtigen und festen Platz die Kalender im täglichen Leben dieser Menschen gefunden haben. Daraus geht immer wieder hervor, dass die Kalender ein wichtiger Lebensbegleiter geworden sind, denen die Empfänger einen festen Platz in ihrem Alltag einräumen. <http://www.lambertus.de>

■ Gegen Hass: „**Miteinander gegen Hass**, Diskriminierung und Ausgrenzung“ ist ein Titel einer Handreichung der Wohlfahrtsverbände zum Umgang mit Rassismus. Die 44-seitige Publikation ist eine Reaktion auf den tiefgreifenden Wandel und den rasanten Aufstieg der extremen Rechten in Deutschland. Sie liefert Fakten, gibt Handlungsempfehlungen für konkrete Situationen und setzt sich mit Rechtsextremismus als Teil sozialer Arbeit auseinander. Kostenloser Download unter: <https://www.caritas.de>

■ Am Donnerstag, dem 24. August 2017 zeigt 3sat/die woche um 20.15 Uhr den Beitrag: **Arme Reiche**, einen Film von Franca Leyendecker und Daniela Hoyer. Die Wissenschaft hat sich bisher immer auf das Thema Armut konzentriert - die Reichtumsforschung ist noch eine sehr junge Disziplin. Doch gibt es über Reiche weniger Daten als über die Armen. Wie wird Reichtum gemessen und definiert? Machen Reichtum und Geld glücklich? Was bewirkt Reichtum in einer Gesellschaft - motiviert er, oder spaltet er? Welche Chancen und Risiken birgt die Konzentration von Vermögen in wenigen Händen für eine Demokratie? Der Vermögensforscher Thomas Druyen von der Sigmund Freud Privatuniversität Wien hat die bislang einzige quantitativ-wissenschaftliche Erhebung zum Thema Reichtum und Vermögen erstellt, in der ausschließlich vermögende Personen befragt worden sind. In seiner Studie hat er fast 500 Reiche in Deutschland interviewt, deren Netto-Vermögen durchschnittlich 2,3 Millionen Euro beträgt. Dass Reichtum nicht unbedingt glücklich macht, zeigt sich in den USA. Dort gibt es mittlerweile die ersten Selbsthilfegruppen für Millionäre. Denn neben Verlustängsten treibt Reiche auch die Angst um, ihr Umfeld könnte mehr an ihrem Geld interessiert sein als an ihnen selbst. Die Verhaltensökonomin Professor Dr. Hannah Schildberg-Hörisch von der Universität Bonn untersucht, wie sich Reichtum und Armut auf die Persönlichkeit auswirken. Reiche Menschen sind häufig risikobereiter und offener für Neues. Mit verschiedenen verhaltensökonomischen Experimenten untersucht Hannah Schildberg-Hörisch, wie sich Kinder aus unteren Schichten entwickeln, wenn sie regelmäßig Mentoren treffen und von ihnen entsprechend gefördert werden. Fazit: Ihre Persönlichkeit verändert sich, sie werden geduldiger, können besser vertrauen und haben bessere Chancen auf ein erfolgreiches Leben. Die Wissenschaftsdokumentation „Arme Reiche“ erkundet die abgeschottete Welt der Reichen und präsentiert die überraschenden Erkenntnisse der Reichtumsforschung.

■ Mediathek: **Sascha Lobo über Datenschutz**: Der Autor und Journalist Sascha Lobo spricht im Rahmen des Diskurses „Privat in einer digitalen Welt“ auf der DVD-ROM „Faszination Medien“ über die These: „Datenschutz schützt nur Täter und steht dem Schutz unschuldiger Menschen im Weg!“ Weitere Infos: <http://www.bpb.de>

■ **Europa auf einen Blick**. Die kleine Publikation gibt einen tabellarischen Überblick über die Teilhabe der europäischen Staaten in der EU, beim EURO, in der Nato und beim ESF. <http://www.bmas.de>

■ **Literaturhinweis**: Das Problem der ökonomischen Positionierung der Pflegebetriebe und Sozialstationen ist für die kirchlich-caritative Dienstleistungen in Deutschland evident. Speziell finanzielle und organisatorische Defizite werden zum Teil sehr kontrovers diskutiert: Sind defizitäre Betriebe auf Dauer für ihre kirchlichen Träger haltbar? „**Die Kostenstellen der Barmherzigkeit**“ von Fabian König und Georg Rainer Hoffmann stellt das von August 2015 bis Januar 2017 mit dem Caritasverband für die Diözese Würzburg durchgeführte Projekt „Sozialstationen – Nachhaltigkeit, Organisation und Wirtschaftlichkeit – NOW“ vor. Auf der Basis einer flächendeckenden empirischen Erhebung zur Organisation und finanziellen Situation der Sozialstationen der Diözese wurde ein Referenzmodell erarbeitet, welches caritativen Organisationen dabei hilft, zu einer vertretbaren und nachhaltigen sozioökonomischen Positionierung zu gelangen. Es werden Wege zu Strukturreformen aufgezeigt – unter Wahrung einer eigenen unternehmerischen und regionalen Identität. Der universelle Charakter des gefundenen „Würzburger Modells“ wird durch die Ausweitung der Untersuchung auf die Ambulante Pflege in den sechs weiteren bayerischen Diözesancaritasverbänden in Form eines qualitativen und quantitativen Benchmarks evaluiert. Das Buch richtet sich an Träger kirchlicher

Sozialstationen. Fabian König, Georg Rainer Hofmann: Die Kostenstellen der Barmherzigkeit Caritative Dienstleistung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Professionalität und Finanzierbarkeit ISBN 978-3-7841-2955-6, 1. Auflage, August 2017, Kartoniert/Broschiert, 176 Seiten, 21,00 €

■ In der Wochenschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ /67. Jahrgang, 21-22/2017, 22. Mai 2017 sind folgende Beiträge zum Thema „**Russland und Deutschland**“ veröffentlicht:

- Andreas Heinemann-Grüder: Kalter Krieg oder neue Ostpolitik? Ansätze Deutscher Russlandpolitik
- Aschot L. Manutscharjan: Russland Weg in die „Postwestliche Welt“
- Gemma Pörzgen: Informationskrieg in Deutschland? Zur Gefahr Russischer Desinformation im Bundestagswahljahr
- Felix Riefer: Die Erzählung vom Ende der Sowjetunion als Außenpolitischer Referenzpunkt
- Jens Ebert: Stalingrad: Gemeinsame Erfahrung, getrenntes Erinnern?
- Manfred Sapper: Mehr Expertise Wagen. – Russland- und Osteuropakompetenz in Deutschland

Download aller Beiträge über www.bpb.de, die Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung

■ In der Wochenschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ /67. Jahrgang, 23-25/2017, 86. Juni 2017 sind folgende Beiträge zum Thema „**Steuerpolitik**“ veröffentlicht:

- Elisabeth Wehling: Von viel Leid und wenig Freud. Reden über Steuern
- Stefan Bach: Permanente Steuerreform. Steuerpolitische Leitbilder und Entwicklungstrends
- Constanze Elter: Alte Kämpfe, neue Positionen? – Steuerpolitik als Wahlkampfthema
- Jens Beckert: Neid oder soziale Gerechtigkeit? – Die Gesellschaftliche Umkämpftheit der Erwerbssteuer
- Lukas Hakelberg, Thomas Rixen: Das Ende der Steueroasen?

Download aller Beiträge über www.bpb.de, die Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung

[zurück zum Seitenanfang](#)

Wohnraum/Wohnungslose

■ Wer seine Miete nicht mehr bezahlen kann oder Mietschulden hat, dem drohen eine fristlose **Kündigung oder die Zwangsräumung**. Wie sich das vermeiden lässt, erklärt Caritas-Beraterin Juliane in ihrem Video. Sie hat fünf Tipps zusammengestellt, die deutlich machen: Schnelles Handeln ist angesagt und eine gute Beratung. <https://www.caritas.de>

■ **Literaturhinweis:** Josef Bäuml, Monika Bröner, Barbara Baur, Gabriele Pitschel-Walz, Thomas Jahn: Die Seelische Erkrankungsrate in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe im Großraum München, ISBN 978-3-7841-2910-5, 1. Auflage, August 2017, Kartoniert/Broschiert, 324 Seiten ,26,00 € inkl. kostenlosem E-Book. Die **SEEWOLF-Studie** untersucht, wie schon die vorausgegangene sog. „Fichter-Studie“ aus den 1990er-Jahren, die Situation von Menschen in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in der Region München. Die von Fichter ermittelte Rate an psychischen Erkrankungen bei wohnungslosen Menschen im Großraum München betrug über 90% und wurden durch die Seewolf-Studie mehr als bestätigt. Exemplarisch seien einige Ergebnisse skizziert: 93% litten während ihres Lebens mindestens einmal an einer seelischen Erkrankung, bei 74% war sie aktuell behandlungsbedürftig. 55% müssen sich mit einer Persönlichkeitsstörung arrangieren und ein Großteil leidet an kognitiven Leistungsbeeinträchtigungen. Während ihrer Kindheit und Jugend hatten bereits 42% der Untersuchten behandlungsbedürftige Probleme. Die somatische Seite hat sich dank der damals eingeführten Betreuungsmaßnahmen verbessert; die Zahl der Übergewichtigen hat sich dem Niveau der Allgemeinbevölkerung angepasst und die Rate an sanierungsbedürftigen Gebissen ging von 80 auf 61% zurück. Wer bereits in früher Kindheit und Jugend mit kognitiven Handicaps, einer problematischen sozialen Anpassung und einer erhöhten Vulnerabilität für psychische Erkrankungen konfrontiert ist, muss besser gefördert und betreut werden! Und wer dann später eine psychische Erkrankung entwickelt, braucht neben dem unverzichtbaren „Dach über dem Kopf“ auch eine „schützende Hand über der Seele“, auch wenn sie/er zunächst vorgibt, diese gar nicht zu brauchen. Obwohl die Studie für den Großraum München angelegt ist, gehen die Autoren davon aus, dass die

Ergebnisse der Untersuchungen Hinweise auf die Gesamtsituation von wohnungslosen Menschen, gerade in großstädtischen Regionen mit ähnlich ausdifferenziertem Hilfesystem, geben können. Durch die Seewolf-Studie soll keineswegs eine Psychiatrisierung sondern vielmehr eine Sensibilisierung für den spezifischen Behandlungsbedarf von wohnungslosen Menschen erfolgen. Die Ergebnisse decken sich weitgehend mit den Befunden aus der internationalen Literatur. Insbesondere muss es zu einer konsequenten Vernetzung von psychiatrisch-psychotherapeutischen und sozialpädagogisch-unterstützenden Hilfsmaßnahmen kommen, um die individuelle Versorgung und gesellschaftliche Teilhabe von Wohnungslosen zu verbessern und ihnen adäquate Hilfen zu eröffnen. Die Autoren und Auftraggeber möchten mit der Studie einer möglichen Stigmatisierung vorbeugen und aufzeigen, dass für diese Menschen am Rande der Gesellschaft trotz aller bisherigen positiven Entwicklungen im Hilfesystem, weiterhin ein hoher Hilfe-, Unterstützungs- und Versorgungsbedarf besteht.

[zurück zum Seitenanfang](#)

Verbandsinterne Informationen des SKM

■ Am 21. Juli 2017 ist **Carl Josef Hoffrogge** plötzlich verstorben. Carl Josef Hoffrogge war seit der Gründung des Diözesanvereins 1988 bis 2008 Vorsitzender des SKM im Bistum Osnabrück und von 2005 bis zum 13.06.2017, der Auflösung des SKFM Emden, dessen Vorsitzender. Er war ein engagierter Streiter für die Belange des SKM und die Fachverbände als solches.

■ Ehrungen

8. Juli 2017

Seit 25 Jahren ist **Frau Helga Klinkenberg** beim SKM-Eschweiler eingestellt. Sie arbeitet ehrenamtlich in der ambulanten Hospizbegleitung, Trauerbegleitung und im Seniorenbesuchsdienst. Frau Helga Klinkenberg wurde am 8. Juli 2017 mit der Urkunde und silberne Ehrennadel vom Verband geehrt.

[zurück zum Seitenanfang](#)

Verbandsinterne Informationen der VKD

■ **Prominente Unterstützung für Brillen-Petition.** Vertreter von Vinzenz-Konferenzen und youngcaritas im Erzbistum Paderborn treffen in Wittenberg Margot Käßmann und „Martin Luther“. Prominente Unterstützung haben die Vinzenz-Konferenzen und youngcaritas im Erzbistum Paderborn für ihre Petition „Den Durchblick behalten“ bekommen: Margot Käßmann, Botschafterin für das Reformationsjubiläum 2017, unterstützte bei einem Besuch einer Delegation aus den Kreisen Paderborn und Höxter in Wittenberg das Anliegen, Menschen mit geringem Einkommen eine Brille zu finanzieren. In einem gut einstündigen Gespräch diskutierte sie mit Vertretern von youngcaritas und Vinzenz-Konferenzen Aspekte einer solidarischen Gesellschaft sowie Fragen der Ökumene. Bei den Besuchern der „Weltausstellung Reformation“ in Wittenberg warb die Delegation aus dem Hochstift anschließend um Stimmen für ihre Petition an den Deutschen Bundestag und war auch bei „Martin Luther“ erfolgreich: So unterzeichnete Luther-Darsteller Sven Kröber die Aufforderung an den Bundestag, eine Härtefallregelung für Brillen zu schaffen – was Linda Kaiser von der youngcaritas im Erzbistum Paderborn besonders freute: „Schließlich hat sich Luther schon zu seinen Lebzeiten dafür eingesetzt, dass alle Menschen lesen können. Und ohne passende Brille ist dies leider auch heute nicht für alle Menschen möglich.“

Die sozialgesetzlich abgesicherte Finanzierung von Brillen für Menschen mit kleinem Einkommen ist Gegenstand der Petition „Den Durchblick behalten“. Initiiert wurde die Petition durch die Vinzenz-Konferenzen und youngcaritas im Erzbistum Paderborn. Sie erfährt aber längst bundesweite Unterstützung. „Im Rahmen ehrenamtlicher Besuchsdienste haben wir miterlebt, wie schwierig die Finanzierung einer Brille für Menschen mit wenig Einkommen ist und welche schwerwiegenden Folgen sich daraus für die betroffenen Menschen ergeben können“, erklärt Matthias Krieg von den Vinzenz-Konferenzen. Ältere Menschen, die ständig stürzen, Arbeitslose, die mangels einer Brille keinen neuen Job annehmen können, oder Menschen, die sich nicht gefahrlos im Straßenverkehr bewegen können – die Liste der schwerwiegenden Beeinträchtigungen ist lang. Denn volljährige gesetzlich Krankenversicherte, die eine Brille benötigen, hatten bisher gar keinen Anspruch auf Unterstützung für den Kauf einer Sehhilfe. Im Februar wurde zwar mit dem Gesetz zur Stärkung der Heil- und

Hilfsmittelversorgung (HHVG) festgelegt, dass bei einer Sehstärke ab sechs Dioptrien und bei einer Hornhautverkrümmung bei über vier Dioptrien die Brille von der Krankenkasse gezahlt wird. „Es besteht aber weiterhin Handlungsbedarf“, sagt Linda Kaiser. „Denn damit sind noch immer viele Brillenträger ausgeschlossen. Und Brillen sind in der Regel nicht – wie manchmal angenommen – zum Nulltarif zu haben.“ Die Kosten können viele nicht aufbringen. „Eine Brille ist von grundlegender Bedeutung, damit ein Mensch ungefährdet am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann“, sagt Linda Kaiser. „Der Staat kommt somit seiner Verantwortung für die lebensnotwendige Unterstützung bedürftiger Menschen nicht nach.“ Unterschriften für die Petition werden bis zum 29. September, also bis kurz nach der Bundestagswahl gesammelt und anschließend an den neu konstituierten Bundestag übergeben. Die Möglichkeit zur Online-Unterschrift und weitere Informationen gibt es unter www.dendurchblickbehalten.de

■ Von der Kita bis zum Krankenhaus, vom Altenheim bis zur Jugendhilfe-Einrichtung - die rund 2000 Dienste und Einrichtungen im Erzbistum Paderborn unterstützen über ihre jeweiligen diözesanen Arbeitsgemeinschaften die aktuelle Kampagne „Den Durchblick behalten“. Mehr als 10.000 Unterschriften haben die Vinzenz-Konferenzen und die Initiative „youngcaritas“ bereits gesammelt, um mit dieser Kampagne die Brillenversorgung für Bedürftige zu verbessern. Der Eindruck, dass heute Brillen quasi zu Schnäppchenpreisen zu erhalten sind, erweist sich für viele Menschen mit geringem Einkommen als Trugschluss. „Von Armut bedrohte Menschen melden uns häufig zurück, wie groß die Lücken bei der Versorgung sind und welche Zuzahlungen tatsächlich geleistet werden müssen“, betont Christoph Eikenbusch vom Diözesan-Caritasverband. „Bei der Versorgung mit Brillen klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander.“

Die Kampagne „Den Durchblick behalten“ greift diesen Missstand auf und will mit Hilfe einer Petition die Politik zum Handeln auffordern. Ein erster Erfolg ist, dass der Bundesrat bereits reagiert hat. Jetzt haben sich auch die Vorsitzenden und Geschäftsführer der sieben Diözesan-Arbeitsgemeinschaft im Erzbistum Paderborn bei einem gemeinsamen Workshop mit der Problematik auseinandergesetzt. Aufgrund des hohen Handlungsbedarfs hat man entschieden, dass die Träger der Arbeitsgemeinschaften sich aktiv an der Kampagne beteiligen und offensiv für Unterschriften werben.

In vielen Einrichtungen werden in den nächsten Wochen Unterschriftenlisten ausliegen. Bis zum 22. September kann man sich beteiligen. Die Zeit drängt also. Wer keine Unterschriftenliste vorfindet, kann auch im Internet abstimmen. Detaillierte Informationen finden sich dort unter www.dendurchblickbehalten.de. „Erfreulich ist, dass die Akteure vor Ort schon kreative Ideen entwickelt haben, wie sie über dieses wichtige Thema informieren und zur Unterschrift einladen wollen“, so Eikenbusch. So werden beispielsweise verschiedene Kindergärten den ersten Elternabend nach den Sommerferien zur Information und Diskussion um soziale Teilhabe nutzen. Auch an mehreren Universitäten haben Mitglieder von „youngcaritas“ für die Kampagne geworben und sind dort auf ein durchweg positives Echo gestoßen.

Ehrungen

Am 10. August wurde **Rudolf Gehrick** von der Vinzenz-Konferenz Potsdam anlässlich seines 100. Geburtstages mit der Urkunde des Verbandes geehrt. Rudolf Gehrick ist damit das älteste männliche Mitglied der Gemeinschaft der Vinzenz-Konferenzen Deutschlands e.V.

■ Das Präsidium der Gemeinschaft der Vinzenz-Konferenzen ist ab sofort unter **einheitlichen E-Mailadressen** zu erreichen.

- Präsident Winfried Hupe, München hupe@vinzenz-gemeinschaft.de
- Vizepräsident Andreas Bröcher, Papenburg broecher@vinzenz-gemeinschaft.de
- Vizepräsident Ralph Wirth, München wirth@vinzenz-gemeinschaft.de
- Schatzmeister Burkhard Hölzer, Düsseldorf hoelzer@vinzenz-gemeinschaft.de
- Geistl. Beirat Pfarrer Frank Müller, Köln Pfarrer.mueller@vinzenz-gemeinschaft.de
- Generalsekretär Reiner Klaes, Düsseldorf klaes@vinzenz-gemeinschaft.de

Bundesgeschäftsstelle

Hier die voraussichtlich nächsten Erscheinungstermine:

- KuNo 9/2017 Ende September 2017

[zurück zum Seitenanfang](#)

Impressum

SKM Bundesverband e.V.
Sternstr. 71 - 73, 40479 Düsseldorf



Telefon: 0211 / 23 39 48 75 E-Mail: skm@skmev.de
Telefax: 0211 / 23 39 48 72 Internet: skmev.de

Redaktion: Reiner Klaes

Der Verein ist im Vereinsregister des Amtsgerichtes Düsseldorf unter der Registernummer VR 3385 eingetragen.

Vertretung des Vereins

Der Verein wird gesetzlich vertreten durch den Generalsekretär Stephan Buttgerit oder durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Vorstandes, bei deren/dessen Verhinderung durch die stellvertretende Vorsitzende/den stellvertretenden Vorsitzenden, jeweils zusammen mit einem weiteren Mitglied des Vorstandes.
Der SKM ist Mitglied im Deutschen Caritasverband.

Disclaimer

KuNo wurde mit größtmöglicher Sorgfalt zusammengestellt; eine Fehlerfreiheit der enthaltenen Informationen kann jedoch nicht garantiert werden. KuNo enthält Verknüpfungen zu externen Websites ("externe Links"). Diese Websites unterliegen der Haftung der jeweiligen Betreiber. Das Setzen der externen Links bedeutet nicht, dass sich der SKM die hinter dem Link liegenden Inhalte zu Eigen macht. Die SKM Bundesgeschäftsstelle hat bei der erstmaligen Verknüpfung der externen Links überprüft, ob etwaige Rechtsverstöße bestehen. Zu diesem Zeitpunkt waren keine Rechtsverstöße ersichtlich. Der SKM hat jedoch keinerlei Einfluss auf die zukünftige Gestaltung und auf die Inhalte der verknüpften Seiten